

- 65) XNA, 30.7.82. *
- 66) XNA, 5.2.82. *
- 67) XNA, 1.5.82. *
- 68) XNA, 17.7.82. *
- 69) BRu 1982, Nr.18, S.14. *
- 70) XNA, 1.3.82. *
- 71) XNA, 23.1.82. *
- 72) XNA, 25.3.82. *
- 73) BRu 1982, Nr.8, S.13. *

YU-HSI NIEH

Neue Vereinbarungen über die Taiwanfrage zwischen Beijing und Washington

*

*

Am 17. August wurde ein neues gemeinsames Kommuniqué zwischen der VR China und den USA über die Taiwanfrage veröffentlicht. Nach zehnmonatigem Hin und Her in den Verhandlungen beider Seiten ist endlich die Katze aus dem Sack (1). Doch es ist eine Katze, die nur Mäuschen fangen kann. Mit anderen Worten: Das Problem ist zwar kleiner geworden, aber immer noch nicht beseitigt. Die neuen Vereinbarungen haben zwar einerseits die seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Reagan im Januar 1981 bestehenden Spannungen in den sino-amerikanischen Beziehungen gelockert (2), andererseits sind aber neue Spannungen in demselben Dokument schon vorprogrammiert.

Den wesentlichen Teil der Vereinbarungen in dem gemeinsamen Kommuniqué bilden die Punkte 6 und 7. Unter Punkt 6 erklärt die US-Regierung, daß sie keine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan anstrebe, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der in den letzten Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China getätigten Waffenlieferungen überschreiten würden und daß sie die Absicht habe, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einer gewissen Zeit eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. Um mit der Zeit eine endgültige Regelung der von der Geschichte hinterlassenen Frage der US-Waffenverkäufe an Taiwan zu erlangen, so heißt es im 7. Punkt, werden die beiden Regierungen alle Anstrengungen unternehmen, die für eine grundsätzliche Regelung der Frage erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und Voraussetzungen zu schaffen.

In der Regel bemüht man sich bei allen zwischenstaatlichen Verein-

barungen stets, eine möglichst deutliche Sprache zu verwenden, um künftigen Streit zu vermeiden. In der Taiwanfrage jedoch haben die amerikanischen Diplomaten und ihre chinesischen Amtskollegen bei der Formulierung des Shanghaier Kommuniqués vom 28. Februar 1972, des Gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vom 1. Januar 1979 sowie des genannten neuen gemeinsamen Kommuniqués vom 17. August dieses Jahres eine andere Kunst gezeigt, nämlich, wie man sich so nebelhaft und doppelzünftig ausdrückt wie möglich. Als das Shanghaier Kommuniqué unterzeichnet wurde, gab es noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington. Die USA anerkannten damals noch de iure die Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taipei als Vertretung Chinas. Um die Chancen für eine "Normalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen" nach fünfzehn Jahren vergeblicher Verhandlungen auf Botschaferebene 1955-1970 zunächst in Genf und dann in Warschau nicht wieder wegen der empfindlichen Taiwanfrage zu gefährden, einigten sich beide Seiten in dem Shanghaier Kommuniqué darauf, ihre unterschiedlichen Standpunkte niederzulegen:

"Die zwei Seiten warfen einen Rückblick auf die lange bestehenden ernstesten Streitigkeiten zwischen China und den Vereinigten Staaten. Die chinesische Seite bekräftigte von neuem ihren Standpunkt: Die Taiwan-Frage ist die Schlüsselfrage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzig legitime Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz, die bereits vor langem dem Vaterland zurückgegeben worden ist; die Befreiung Taiwans ist Chinas innere Angelegenheit, in die sich einzumischen kein anderes Land das Recht hat, und alle US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen müssen aus Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung bekämpft entschieden jegliche Aktivitäten, die darauf abzielen, 'ein China, ein Taiwan' ... 'ein China, zwei Regierungen', 'zwei China, ein unabhängiges Taiwan' zu schaffen, oder dafür eintreten, daß 'der Status von Taiwan noch zu bestimmen ist'. Die US-Seite erklärte: Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil

Chinas ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt keine Einwände gegen diesen Standpunkt. Sie versichert nochmals ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit Rücksicht auf diese Aussicht bestätigt sie ihr Endziel des Abzugs aller US-Streitkräfte und Militäreinrichtungen aus Taiwan. Inzwischen wird sie mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet schrittweise ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen auf Taiwan reduzieren (3)".

Die Taiwanfrage wurde also in dem historischen Dokument nicht gelöst, sondern auf die lange Bank geschoben. Mit diesem Kompromiß konnten Beijing und Washington zunächst ihre Beziehungen in den Bereichen von Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport und Presse entwickeln. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten dagegen konnte wegen der Taiwanfrage erst fast sieben Jahre nach der Bekanntgabe des Shanghaier Kommuniqués, im Januar 1979, vollzogen werden (4).

In dem Gemeinsamen Kommuniqué vom 15. Dezember 1978 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA hat die US-Regierung den chinesischen Standpunkt anerkannt, daß es nur ein China gebe und Taiwan ein Teil Chinas sei (5). Noch vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington und dem gleichzeitigen Abbruch der US-Beziehungen zu Taiwan haben die Amerikaner angesichts der Kritik, die ihnen einen Verrat an ihrem Verbündeten Taiwan vorwarf, argumentiert, die US-Regierung habe mit ihrer Feststellung, daß es "nur ein China gebe und Taiwan ein Teil Chinas sei", keinesfalls die Insel beeinträchtigt, weil, wie es in dem Shanghaier Kommuniqué heißt, "alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil China ist".

In der Tat beansprucht die Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taipei (Taipei) noch heute - ebenso wie die kommunistische Regierung in Beijing - die Alleinvertretung für das ganze China und betrachtet Taiwan nur als eine Provinz Chinas. Soweit traf die Argumentation der Amerikaner formell auch noch zu, solange es diplomatische Beziehungen zwischen Washington und Taipei gab. Nachdem die USA aber die Regie-

rung der Volksrepublik China als einzig legitime Regierung Chinas anerkannt hatten, wie es in dem Gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA heißt, und die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatten, veränderte sich ihre Vorstellung von "einem China" zwangsläufig zugunsten des Anspruchs von Beijing.

Dennoch möchten viele Wissenschaftler und Politiker, zu denen auch Regierungsbeamte in den USA gehören, den chinesischen Anspruch auf Taiwan nicht hinnehmen, weil nach ihrer Auslegung die US-Regierung bei ihrer Stellungnahme zu dem chinesischen Standpunkt über "ein China und Taiwan als ein Teil Chinas" in dem Shanghaier Kommuniqué sowie in dem Gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme der sino-amerikanischen diplomatischen Beziehungen auf Englisch statt des Wortes "recognize" (anerkennen) das Wort "acknowledge" (erkennen) gebraucht hat. In den chinesischen Texten wurde allerdings das Wort "Chengren" (anerkennen) verwendet. Ferner hat sich die US-Regierung in dem neuen gemeinsamen Kommuniqué dem chinesischen Standpunkt angenähert, indem sie unter Punkt 5 bekräftigt, daß sie nicht die Absicht habe, Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu verletzen, sich in Chinas innere Angelegenheiten einzumischen und eine Politik unter dem Motto "zwei China" oder "ein China, ein Taiwan" zu verfolgen.

Die US-Regierung hat in dem Shanghaier Kommuniqué als Voraussetzung für ihren militärischen Rückzug aus Taiwan eine friedliche Lösung der Taiwanfrage der Chinesen untereinander genannt. Bei den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ist es den Amerikanern nicht gelungen, von den Chinesen eine Verpflichtung zu erhalten, jede Gewaltanwendung gegenüber Taiwan auszuschließen. Infolgedessen wollte die US-Regierung ihre Waffenlieferungen an Taiwan trotz des Abbruchs ihrer diplomatischen Beziehungen und der Kündigung des Beistandsvertrages mit der Insel nicht aufgeben. In dem neuen Gemeinsamen Kommuniqué kommen die beiden Seiten einander auch in dieser Hinsicht ein Stück entgegen. Zwar hat sich die chinesische Regierung nach wie vor nicht verpflichtet, auf eine Gewaltanwendung gegenüber Taiwan zu verzichten, doch hat sie unter Punkt 4 darauf verwiesen, welche Anstrengungen sie seit 1979 für eine friedliche Lö-

sung der Taiwanfrage unternommen hat. Die US-Regierung hat ihrerseits unter Punkt 5 diese neue Situation als günstige Vorbedingungen für eine Reduzierung ihrer Waffenverkäufe an Taiwan verstanden. Die Forderung der Chinesen, daß für die US-Waffenverkäufe eine Frist festgesetzt werden solle, wurde nicht durchgesetzt. Außerdem läßt sich über die oben erwähnten Begriffe einer "qualitativen" Einschränkung der US-Waffenlieferungen an Taiwan streiten. Nach den Worten eines republikanischen Senators wird Präsident Reagan danach streben, das Gleichgewicht zwischen den Luftstreitkräften auf beiden Seiten der Taiwan-Straße aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: Sollte die Luftwaffe des kommunistischen China in Zukunft über bessere Kampfflugzeuge verfügen, so werde die US-Regierung die Luftwaffe Taiwans "qualitativ" mit gleich starken Maschinen aufrüsten (6). Auch die "quantitative" Begrenzung ist unklar, weil sich die Bemessung sowohl auf die Verkaufswerte als auch auf die Lieferungskontingente der letzten Jahre stützen kann.

In dem neuen Gemeinsamen Kommuniqué wurde ferner das von Beijing scharf angegriffene "Taiwan-Gesetz" (Taiwan Relations Act) von den USA nicht erwähnt, das die US-Waffenlieferungen an Taiwan untermauert hat. Während der Sprecher des chinesischen Außenministeriums in einer Erklärung vom 17. August betonte, das neue Gemeinsame Kommuniqué habe nichts mit dem "Taiwan-Gesetz" zu tun (7), sagte Präsident Reagan in seiner Erklärung vom gleichen Tag, daß die in dem Kommuniqué dargestellte US-Politik hinsichtlich der Waffenverkäufe an Taiwan völlig mit dem "Taiwan-Gesetz" in Einklang stehe (9). Ein parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium der USA vertrat sogar in einem Brief an den Vorsitzenden eines Senatsausschusses die Meinung, daß das mit China unterzeichnete neue Kommuniqué keine international verbindlichen Rechte oder Pflichten mit sich bringe. Es sei nur eine politische Erklärung des Präsidenten und müsse dem Bundesgesetz, in diesem Fall dem "Taiwan-Gesetz", unterliegen (10).

Anmerkungen:

- 1) Zum deutschen Text des gemeinsamen Kommuniqués s. Anhang
- 2) S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Taiwanfrage: Achillesferse der Beziehungen zwischen Beijing und Washington", C.a. Juli 1982, S. 406 ff.

- 3) BRu 1972/No.9, S.5 f.
- 4) S. ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Quo vadis, Taiwan? -Zur Wende in der Chinapolitik Washingtons", C.a., Januar 1979, S.899 ff.
- 5) XNA, 16.12.1978.
- 6) LHB, 20.9.82.
- 7) RMRB, 18.8.82.
- 9) DGB, 19.8.82.
- 10) LHB, 18.9.82.

DOKUMENT

Das gemeinsame Kommuniqué Chinas und der USA

(1) Im gemeinsamen Kommuniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 1. Januar 1979 erkannten die Vereinigten Staaten von Amerika die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung Chinas und Chinas Standpunkt an, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist. In diesem Rahmen stimmten die beiden Seiten überein, daß die Bevölkerung der USA mit der Bevölkerung auf Taiwan kulturelle, Handels- und andere inoffizielle Beziehungen unterhalten wird. Auf dieser Grundlage wurden die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten normalisiert.

(2) Die Frage der Waffenverkäufe an Taiwan durch die USA blieb während der Verhandlungen zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der beiden Länder offen. Die beiden Seiten vertraten unterschiedliche Standpunkte. Die chinesische Seite erklärte, daß sie diese Frage nach der Normalisierung der Beziehungen erneut aufwerfen werde. Im Bewußtsein dessen, daß diese Angelegenheit ernsthaft die Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen belasten würde, haben die beiden Seiten weitere Aussprachen durchgeführt, während der Treffen zwischen Ministerpräsident Zhao Ziyang und Präsident Ronald Reagan und zwischen Vizeministerpräsident und Außenminister Huang Hua und Staatssekretär Alexander M. Haig, Jr., im Oktober 1981 und danach.

(3) Gegenseitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität und Nichteinmischung in des anderen innere Angelegenheiten bilden die fundamentalen Prinzipien, von denen sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen leiten lassen. Diese Prinzipien wurden im Shanghaier Kom-

munique vom 28. Februar 1982 festgelegt und im gemeinsamen Kommuniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, das am 1. Januar 1979 in Kraft trat, erneut bekräftigt. Die beiden Seiten erklärten nachdrücklich, daß diese Prinzipien weiterhin alle Aspekte ihrer Beziehungen bestimmen werden.

(4) Die chinesische Regierung bekräftigt erneut, daß die Taiwan-Frage Chinas innere Angelegenheit ist. Die am 1. Januar 1979 von China veröffentlichte Botschaft an die Landsleute auf Taiwan verkündete die grundlegende Politik Chinas, sich um eine friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes zu bemühen. Der Neun-Punkte-Vorschlag, den China am 30. September 1981 unterbreitete, stellte eine weitere bedeutende Anstrengung dar im Rahmen der obigen Politik die Taiwan-Frage einer friedlichen Lösung zuzuführen.

(5) Die Regierung der Vereinigten Staaten mißt ihren Beziehungen mit China große Bedeutung bei und bekräftigt erneut, daß sie nicht die Absicht habe, Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu verletzen, sich in Chinas innere Angelegenheiten einzumischen und eine Politik von "zwei China" oder "ein China, ein Taiwan" zu verfolgen. Die amerikanische Regierung bringt der chinesischen Politik der Suche nach einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage, wie sie in Chinas Botschaft an die Landsleute auf Taiwan vom 1. Januar 1979 und im Neun-Punkte-Vorschlag vom 30. September 1981 zum Ausdruck kam, Verständnis und Anerkennung entgegen. Die neue Situation, die sich in der Taiwan-Frage abzeichnet, schafft günstige Bedingungen für die Beilegung der Differenzen zwischen China und den USA in der Frage der Waffenverkäufe an Taiwan durch die USA.

(6) Eingedenk der obenerwähnten Erklärungen der beiden Seiten erklärt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie nicht daran denkt, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA überschreiten werden und daß sie vorhat, schrittweise ihr Waffenangebot an Taiwan zu reduzieren, um schließlich, nach einer Zeitperiode, zu einer endgültigen Lösung überzugehen. Mit dieser Erklärung erkennen die Vereinigten

Staaten den konsistenten Standpunkt Chinas hinsichtlich der grundlegenden Lösung dieser Frage an.

(7) Um die Frage der US-Waffenverkäufe an Taiwan, die eine Hinterlassenschaft aus der Geschichte ist, nach einer Zeitperiode einer endgültigen Lösung zuzuführen, werden die beiden Regierungen jede Anstrengung unternehmen, zur Erleichterung der endgültigen Lösung dieser Angelegenheit Maßnahmen zu ergreifen und Bedingungen zu schaffen.

(8) Die Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen liegt nicht nur im Interesse der beiden Völker, sondern auch im Interesse des Friedens und der Stabilität in der Welt. Die beiden Seiten sind entschlossen, gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ihre Verbindungen auf den Gebieten der Wirtschaft, Kultur, des Erziehungswesens, der Wissenschaft, Technologie und auf anderen Gebieten zu verstärken und gemeinsam große Anstrengungen für die fortgesetzte Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und Völkern Chinas und der USA zu unternehmen.

(9) Im Interesse einer gesunden Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Abwehr gegen Aggression und Expansion bekräftigen die beiden Regierungen die von den beiden Seiten im Shanghaier Kommuniqué und im gemeinsamen Kommuniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vereinbarten Prinzipien. Die beiden Seiten werden Kontakt pflegen und angemessene Konsultationen über bilaterale und internationale Fragen gemeinsamen Interesses abhalten.

(Aus BRu, 24. August 1982)